

Antragsbereich W / **Antrag W1**

AntragstellerInnen: Jusos Oberbayern

W1: Wachstum, Wachstum tralala, Wirtschaft ist nicht zum Wachsen da!

Adressat*innen:

Unterbezirkskonferenz Jusos München, Bezirkskonferenz Jusos

5

Oberbayern, Landeskonferenz Jusos Bayern, Parteitag SPD München, SPD Oberbayern und

10

SPD Bayern

15

Viele wirtschaftspolitische Debatten in der Bundesrepublik – und auch in der SPD und

20

bei den Jusos – drehen sich um die Frage nach Wachstum. Gerade im Zusammenhang mit

25

der sozial-ökologischen Transformation ist außerdem
30 eine neue Position prominent

geworden, die unter dem Begriff "Degrowth" eine
35 Schrumpfung der Wirtschaft fordert,

um planetare Grenzen einzuhalten und das Wirt-
40 schaften umweltverträglich zu machen.

45
Mit diesem Antrag wollen wir die Grundlage für eine
klare Haltung zum Thema Wachstum

50
schaffen und damit die Debatte konstruktiv weiter-
bringen. Diese Position bezieht sich

55
auf die aktuell stattfindende Debatte um die sozial-
ökologische Transformation, die

60
sich vor allem im Rahmen des kapitalistischen Wirt-
schaftssystems abspielt.

65

Über welches Wachstum reden wir?

70

Wenn heute über Wachstum gesprochen wird – egal ob Pro- oder De-Growth – dann geht es

75

meistens um das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Größe. Veränderungen im

80

inflationbereinigten Bruttoinlandsprodukt werden bei positiver Entwicklung als

85

Wachstum bezeichnet. Dabei ist das Bruttoinlandsprodukt aus vielerlei Hinsicht die

90

falsche Metrik: Wenn beispielsweise ein Hauseigentümer sein Haus an eine andere

95

Person verkauft, die das Haus wiederum an den ursprünglichen Eigentümer vermietet,

100

ist zwar das Bruttoinlandsprodukt gestiegen, es hat sich aber qualitativ nichts

105

verändert.

110

Das BIP gibt außerdem keine Aussage darüber, in welchen Branchen Wachstum

115

stattgefunden hat. Gerade die große Menge überwiegend von FINTA*-Personen (Frauen,

120

Inter, nicht-binäre und Trans Personen)

125

geleistete unbezahlte Reproduktionsarbeit würde beispielsweise ein enormes

130

Wirtschaftswachstum generieren, wenn sie politisch
gewollt professionalisiert werden

135

würde. Die Auswirkungen auf die Erderwärmung
wären dabei enorm überschaubar.

140

Wirtschaftswachstum - we don't care

145

Unsere Forderung ist es, eine agnostische Haltung
gegenüber wirtschaftlichem Wachstum

150

im Sinne einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts
einzunehmen. Wachstum per se ist

155

kein sozialistisches oder sozialdemokratisches Ziel,
da alleine mehr erfasste Güter

160

und Dienstleistungen nicht automatisch zu mehr
Wohlstand führen. Insbesondere in den

165

letzten Jahrzehnten ist die Vermögensungleichheit bei wachsender Wirtschaft stetig

170

größer geworden. Statt auf Wachstum, soll Wohlstand für alle in den Fokus rücken.

175

Aktiv für oder gegen Wachstum zu arbeiten, ist jeweils für sich auf unterschiedliche

180

Weise problematisch.

185

In den letzten 200 Jahren haben wir durch Steigerung von Produktion und

190

Ressourceneinsatz ein hohes Wohlstandsniveau in den Volkswirtschaften des globalen

195

Nordens geschaffen. Dies ging jedoch mit einer
200 enormen Ausbeutung von Mensch und

Natur, insbesondere im globalen Süden einher. Eine
205 Fortführung dieser Entwicklung –

umso mehr in der zunehmenden Geschwindigkeit –
210 ist nicht innerhalb der planetaren

Grenzen darstellbar.
215

220 Wirtschaftspolitik muss sich daher zukünftig an ande-
ren Zielen und nicht mehr an

225 einer Steigerung des BIP ausrichten: Viel entschei-
dender als zu messen und

230 vorzugeben, wie hoch der Gesamtwert aller Tausch-
geschäfte in einer Volkswirtschaft

235 war oder sein soll, ist es, qualitative Aspekte wie die
Zusammensetzung der

240 Wirtschaftsleistung und andere quantitative Aspekte
wie den Grad der Dekarbonisierung

245 oder die ökonomische Gerechtigkeit in den Blick zu
nehmen und als Ziele zu verfolgen.

250 Dabei spielt vor allem auch der individuell wahr-
nehmbare Wohlstand und seine Mehrung

255 eine Rolle. Hierfür muss auf bestehende Messgrößen
zurückgegriffen werden und es

260 müssen zudem neue Messgrößen entwickelt werden.

265

Wir nehmen in der wirtschaftspolitischen Debatte

aktuell vor allem zwei Positionen

270

wahr. Auf der einen Seite das Dogma des ständigen Wachstums und demgegenüber die

275

Forderung nach einem Ende des Wachstums und sogar eine Rückentwicklung der

280

Wirtschaft. Beide Positionen lehnen wir klar ab.

285

Vom aktuellen Wachstum profitiert nur das Kapital

290

Das Dogma des ständigen Wachstums argumentiert, dass sich durch ständiges

295

Wirtschaftswachstum der Wohlstand einer Volkswirtschaft vergrößern würde. Während es

300

zutreffend ist, dass es eine Bedingung für den Kapitalismus ist, sich auszudehnen und

305

zu expandieren, um die Interessen des Kapitals zu befriedigen, ist empirisch nicht

310

von der Hand zu weisen, dass sich in den vergangenen Jahren trotz kontinuierlichem

315

Wirtschaftswachstum die Einkommens- und Vermögensverteilung nicht verbessert sondern

320

verschlechtert hat. Kurz: Von Wachstum profitieren aktuell also nicht in erster Linie

325

diejenigen, die das Wachstum erwirtschaften, sondern vor allem diejenigen, die über

330

die Produktionsmittel verfügen und sich die Arbeitskraft anderer aneignen.

335

Auch das Argument, dass sich nur durch eine wach-
340 sende Volkswirtschaft – gemessen am

Bruttoinlandsprodukt – das System sozialer Siche-
345 rung finanzieren ließen, ist nicht zu

halten. Die Frage des Sozialstaats ist keine Frage des
350 Geldes, sondern eine Frage von

real verfügbaren Ressourcen. Würde das Bruttoin-
355 landsprodukt nicht mehr steigen, so

müsste man allerdings den Anteil der Ressourcen
360 quantitativ erhöhen, der Menschen in

sozialen Berufen und Arbeitslosen zufließt oder aber
365 die Qualität der Ressourcen

steigern, damit Menschen in sozialen Berufen und
370 Arbeitslose keine Wohlstandsverluste

erleiden, wenn dieser absolut erhöht werden soll.
375

380 Weiterhin wird argumentiert, dass in einer wachsen-
den und expandierenden Wirtschaft

385 quasi automatisch neue Arbeitsplätze entstehen
würden und für das Ziel der

390 Vollbeschäftigung daher kontinuierliches Wachstum
nötig sei. Doch auch dieses

395 Argument lässt sich widerlegen: Weil die Produktivität
einzelner Arbeitskräfte pro

400 Zeiteinheit z.B. durch technologischen Fortschritt
aber auch durch Qualifizierung

405 stetig steigt, ist ein Anstieg der Produktivität und
damit Wirtschaftswachstum

410 möglich, ohne dass dies zu mehr Beschäftigung führt.

415

De-Growth schadet denen, die arbeiten!

420 Die gegenteilige Perspektive ist diejenige, die zuletzt
besonders durch Ulrike

425 Herrmanns Buch "Vom Ende des Kapitalismus" stark
gemacht wurde. Aufgrund der harten

430 planetaren Grenzen sei es nicht mehr möglich, im
heutigen Umfang zu produzieren.

435 Daraus resultiere die Notwendigkeit einer Deindus-
trialisierung und einer Schrumpfung

440 der Wirtschaft, da wir über unsere Verhältnisse produzierten.

445

Während es richtig und wichtig ist, planetare Grenzen als Fragestellung in die

450

wirtschaftliche Debatte einzubeziehen, wäre diese Antwort mit einem massiven Verlust

455

an materiellem Wohlstand und sinnstiftender Erwerbsarbeit verbunden, zwei zentralen

460

Säulen unserer Vorstellung einer sozialistischen Gesellschaft. Wir dürfen daher

465

nichts unversucht lassen, um eine Deindustrialisierung trotz Einhaltung der

470

planetaren Kapazitäten – sowohl in Bezug auf Emissionen als auch in Bezug auf

475

Ressourcenverbrauch – zu verhindern. Kurzfristig politisch herbeigeführte

480

Deindustrialisierung würde vor allem dazu führen, dass Arbeitnehmer*innen ihre

485

Arbeitsplätze verlieren und damit nicht nur in existenzielle Not geraten, sondern

490

auch die Teilhabe an der Gesellschaft verlieren. Ganze Regionen und Gebiete wären

495

bedroht, das soziale Spaltungspotential ist enorm.

500

Wohlstandsniveau halten ohne weiteres Wachstum innerhalb der planetaren Grenzen: Wie

505

soll das gehen?

510

Das Ziel unserer wachstumsagnostischen Haltung ist
515 der größtmögliche Wohlstand bei

bestmöglicher Verteilung unter Einhaltung der plane-
520 taren Grenzen. Dafür braucht es

aus unserer Sicht drei konkrete Dinge:
525

530 1) Demokratische Entscheidung darüber, wofür Res-
ourcen und Emissionskapazitäten

535 verwendet werden: Schaut man sich an, welche
Einkommensgruppen für welchen Anteil von

540 Emissionen verantwortlich sind, dann stellen wir
schnell fest, dass es eine enorme

545 Ungerechtigkeit in der Verursachung der Klimakrise
gibt. Wir wollen daher den

550 Ressourcenverbrauch und die Zuteilung von Emissio-
nen demokratisch und nicht

555 marktwirtschaftlich entscheiden: In vielen Bereichen
– Luxuskreuzfahrten, Privatjets

560 und ähnliches – lassen sich ohne Wohlstandsgefähr-
dung der Vielen massive Einsparungen

565 vornehmen.

570

2) Aktive Transformation und Dekarbonisierung: Statt
De-Growth braucht es aktive

575

Transformation. Durch aktives staatliches Handeln, hohe Investitionen und klare

580

Regularien ist es möglich, die Wirtschaft und auch die industrielle Produktion zu

585

dekarbonisieren. Die Potentiale für erneuerbare Energien sind nicht ansatzweise

590

ausgeschöpft, die technologischen Entwicklungen für emissionsärmere und

595

emissionsfreie Produktionstechniken stehen noch am Anfang. Ansätze aus der

600

Kreislaufwirtschaft und die Forderung nach einer Veränderung von Produktionsverfahren

605

hin zu einer Wiederverwendbarkeit von endlichen

Rohstoffen ist nicht nur ökologisch

610

sondern auch demokratisch geboten, wenn wir uns nicht von rohstoffreichen,

615

autokratischen Staaten erpressbar machen wollen.

620

3) Wir wollen die Kreislaufwirtschaft: Insbesondere
625 für die Frage der Ressourcen –

Rohstoffe etc. – ist die Kreislaufwirtschaft viel disku-
630 tiertes und auch von uns

unterstütztes Ziel. Wir wollen diesen Weg einschlagen
635 und die Industrie durch

ordnungsrechtliche Vorgaben zur Kreislaufwirtschaft
640 verpflichten. Aber die

Kreislaufwirtschaft allein wird dabei nicht der heilige
645 Gral sein: Selbst bei enormen

technischen Fortschritt wird es notwendig sein, dem
650 Wirtschaftskreislauf immer auch

neue Primärrohstoffe zuzuführen, deswegen muss
655 die Regenerationsrate von

Primärrohstoffen in die demokratisierte Planung von
660 Produktion integriert werden.

Deswegen ist es notwendig, dass dieser Aspekt ge-
665 meinsam mit den beiden vorgenannten

umgesetzt wird.
670

675 Die Verfolgung dieser Ziele kann sowohl zu einem
positiven als auch zu einem

680 negativen Wirtschaftswachstum führen. Dies nehmen
wir desinteressiert zur Kenntnis,

685 weil wir uns auf unsere anderen qualitativen Ziele
konzentrieren und diese ins

690 Zentrum unserer Politik stellen.

695

**Produktivkraftsteigerung ja - aber nicht wegen
Wachstum sondern als Mittel zur**

700

Arbeitszeitverkürzung

705

Ein weiterer Aspekt, der im Zusammenhang mit
710 Wirtschaftswachstum – gerade aus der

marxistischen Theorie heraus – diskutiert wird ist die
715 Frage nach der Produktivkraft

der Arbeitnehmer*innen und deren Steigerung. Dazu
720 halten wir folgendes fest:

725
Es gibt viele gesellschaftliche Herausforderungen und
Aufgaben, die wir auch

730
zukünftig nur mit menschlicher Arbeitskapazität
lösen können, dies gilt

735
beispielsweise in der Pflege und der Bildung. Die
Steigerung der Produktivkraft der

740
Arbeitnehmer*innen z.B. in der Industrie oder dem
Dienstleistungssektor kann hierfür

745

750

755

760

765

770

775

780

785

790

795

800

805

810

815

820

825

830

835

840

845

850

855

860

865

870

875

880

885

890

895

900

905

910

915

920

925

930

935

940